

CSU Dormitz will „Schweigen“ durchbrechen

Dormitz – Der CSU Ortsverband Dormitz hatte wieder zum Bürgergespräch in das Gasthaus „Zum grünen Baum“ eingeladen. In diesem Rahmen berichten die CSU Räte jeweils aus den Sitzungen des Gemeinderates. Thema des Abends war die allgemeine Forderung vieler Bürger nach mehr Transparenz der Gemeindearbeit. Ein entsprechender Antrag der CSU vom April hatte nur insoweit Erfolg, dass die Sitzungsladungen jetzt nach sieben Monaten erstmals auch auf der Homepage der VG Dormitz veröffentlicht werden.

Wesentliche Punkte, wie zeitnahe Informationen über die getroffene Entscheidungen und deren Veröffentlichung auf der Homepage waren von der Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt worden. So werden die Mitteilungen aus den Sitzungen weiter erst etwa acht Wochen später im Mitteilungsblatt veröffentlicht. Begründet wurde dies damit, dass erst das Protokoll vom Gemeinderat genehmigt werden müsse.

„In Anbetracht der erlaubten Berichterstattung durch die Presse und der Informationspolitik anderer Gemeinden findet die CSU dies nicht bürger-

freundlich und rechtlich unbegründet“, heißt es in einer Mitteilung der CSU Dormitz. Das um Prüfung gebetene Landratsamt habe sich auf das in der Gemeindeordnung vorgesehene Einsichtsrecht der Gemeindebürger zurückgezogen, jedoch hinsichtlich der Veröffentlichung getroffener Entscheidungen durch die Gemeinde, keine Aussage getroffen.

CSU prangert an

Sollte die Mehrheit des Gemeinderates auf ihrer ablehnenden Meinung beharren, so werde es verstärkt notwendig sein, die Bürger zeitnah und mittels Veranstaltungen, wie den Bürgergesprächen zu informieren, meint die CSU – und klagt: „Da immer mehr Themen in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, sollten die dazugehörigen Beschlüsse nach dem Willen der CSU einer Veröffentlichung zugeführt werden, sobald der Grund für eine geheime Abstimmung entfallen ist.“ So wie dies gesetzlich (Art. 52 der Gemeindeordnung) bestimmt sei. Die Mehrheit des Gemeinderat Dormitz hat auch diesen Antrag gegen die Fraktion der CSU abgelehnt. Daher spricht die CSU

von einem „rechtswidrigen Zustand“. Er sei zur Prüfung vorgelegt worden. „Mit dem Ergebnis, dass die Gemeinde angewiesen wurde, den ablehnenden Beschluss aufzuheben.“ Hierüber habe der Bürgermeister in der letzten Sitzung „geflissentlich geschwiegen“. Das gesamte Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde „wurde den Räten vorenthalten“. Nach Auffassung der CSU gehören den Gemeinderäten solche Unterlagen für eine sinnvolle Vorbereitung der Sitzung in einer rechtmäßigen Ladung aushändig.

Würden die rechtlichen Vorgaben in unserer Gemeinde beachtet, sagt die CSU, „so hätten die Bürger sich an der Diskussion für den neuen Kindergarten beteiligen können“. Eine solch richtungsweisende Entscheidung müsse nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden. Auch bei der Planung für den Hochwasserschutz, bei der Isek-Planung (Integriertes Städtebauliches Entwicklungs-Konzept) und bei der Bürgerbeteiligung spricht die CSU von „Fehlanzeige“. Und fordert „Transparenz und Teilhabe für alle Bürger in unserer Gemeinde“.